

7
—
77

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Februar 1977

Freiheitliche Politik durchsetzen

Die CDU wird auf dem Parteitag in Düsseldorf deutlich machen, daß sie zusammen mit der CSU die einzige freiheitliche Alternative zur Politik von SPD und FDP darstellt. Die von uns schon im Wahlkampf vertretenen Thesen sind auch heute richtig und gültig. Wir werden durch diesen Parteitag erneut deutlich machen, daß nur eine freiheitliche Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt aller ihrer Überlegungen stellt, mit den Problemen unserer Zeit fertig werden kann.

Die politische Lage und die Vorbereitung des 25. Bundesparteitages standen im Mittelpunkt der Sitzung des Bundesvorstandes am 14. Februar 1977. Helmut Kohl erklärte, daß das Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung weiter schwinde. Trotz aller von der Regierung ausgestreuter optimistischer Prognosen würde die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in mittelständischen Kreisen zunehmend skeptisch beurteilt.

Auch die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt und vor allem der Anstieg der Arbeitslosenzahlen von Jugendlichen und in strukturschwächeren Gebieten mache klar, daß die Bun-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ PARTEITAG

Vorschläge des Bundesvorstandes für Änderungen des Statuts der CDU

1. Erweiterung des Partei-Präsidiums
2. Gemeinsamer Wahlgang
3. 600 Parteitagsdelegierte

Seite 3

■ NATO

Der ständig steigenden Offensivkraft des Warschauer Pakts muß eine glaubhafte Abschreckung entgegengesetzt werden, insbesondere im konventionellen Bereich. Seite 5

■ AGRARPOLITIK

Auch die Landwirtschaft leidet unter der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD/FDP-Regierung

Seite 8

■ NRW

Mit der Einführung der „kooperativen Schule“ versucht die SPD/FDP-Koalition eine Systemveränderung durch die Hintertür zu erreichen. Seite 11

■ EXIL-CDU

Der 14. Parteitag der Exil-CDU stand unter der These „Deutschlandpolitik — permanente Herausforderung“. Seite 13

■ DOKUMENTATION

SPD/FDP-Koalition läßt Familien mit Kindern im Stich.

Grüne Beilage

(Fortsetzung von Seite 1)

desregierung keinen entscheidenden Erfolg bei der Wiederbelebung unserer Wirtschaft erzielen konnte.

Steuerpaket der Regierung wird abgelehnt

Das von der Bundesregierung vorgelegte Steuerpaket leistet nach Auffassung des CDU-Vorstands keinen Beitrag zum vorrangigen Ziel deutscher Politik, unsere Wirtschaft wiederzubeleben. Die CDU lehnt die von der Bundesregierung vorgesehenen Steueraufnahmen ab, weil sie die Preisstabilität gefährden, den Abbau der Arbeitslosigkeit erschweren und neue Ungerechtigkeiten schaffen, weil sie keinen wirksamen Ansatz für Investitionsbelebung bieten und den heimlichen Steuererhöhungen für viele Bürger nicht entgegentreten.

Ausführlich beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der Verletzung der Menschenrechte in Osteuropa. Die CDU werde dieses Jahr dazu benutzen, um Menschenrechte und Bürgerrechte eng mit unserem Verständnis von Freiheit zu verbinden. Die brutale Verletzung von Menschenrechten in der DDR, wie sie in den letzten Monaten immer deutlicher zutage getreten sei, werde von der CDU mit großer Besorgnis verfolgt. Deshalb werde sich der kommende Bundesparteitag unter dem Thema: „Unsere Verantwortung für Deutschland“ ausführlich auch mit der Situation im anderen Teil unseres Vaterlandes beschäftigen.

Im einzelnen befaßte sich der CDU-Bundesvorstand u. a. mit folgenden Problemen:

Rentensanierung und Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Der Bundesvorstand bedauert, daß die Bundesregierung immer noch nicht den Mut aufgebracht hat, die Bevölkerung über die tatsächliche Lage exakt zu informieren. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien betreiben weiterhin eine Politik der Verschleierung. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel behauptet, sie wolle das beabsichtigte Sanierungsprogramm ohne Beitragserhöhungen durchführen, so ist das einfach die Unwahrheit. Sie macht sich selbst zum Gefangenen ihrer eigenen Lügen.

Die Union wird sich an keinem Konzept beteiligen, das lediglich eine Kostenverlagerung von der Renten- auf die Krankenversicherung vorsieht. Die Erhaltung der Selbstverwaltung unserer sozialen Systeme ist notwendig. Deshalb muß dem Prinzip der Kostenehrlichkeit bei den drei Säulen unserer sozialen Sicherheit Rechnung getragen werden. Es ist ehrlicher, Kosten — soweit sie sich als unvermeidlich erweisen — dort zu decken, wo sie entstanden sind. Alle Gruppen unseres Volkes müssen bei den notwendigen Maßnahmen herangezogen werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, nach Durchführung eines Anhörungsverfahrens mit Sachverständigen der beteiligten Verbände und Institutionen eine Konzeption vorzulegen, die den obengenannten Gesichtspunkten gerecht wird. Im übrigen bleibt es bei der verabredeten Terminplanung, wonach am 2. März der Bundestagsfraktion ein Zwischenbericht vorgelegt werden und die endgültige Entscheidung am 15. März vorgenommen werden soll.

Zur Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den Ärzteverbänden stellt der Bundesvorstand fest, daß die Bundesregierung die Verantwortung für die Verschärfung des Konflikts trägt, weil sie nach jahrelangen Versäumnissen nunmehr einen unverantwortlichen Kraftakt vornimmt. Selbstverständlich müssen alle Beteiligten zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitragen, Kassen, Pharmaindustrie und Ärzte. Der Bundesvorstand geht davon aus, daß trotz der Schärfe der Auseinandersetzung die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung nicht gefährdet werden wird.

Klare Absage an die „kooperative Schule“

Der Bundesvorstand der CDU verurteilt aufs schärfste den Versuch von SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen, das Schulwesen durch die Einführung der „kooperativen Schule“ weiter zu zerschlagen und eine sozialistische Einheitsschule vorzubereiten.

Die Absicht von SPD und FDP muß im Interesse begabungsgerechter Bildungschancen für unsere Kinder verhindert werden. Unsere Schulen dürfen nicht länger Experimentierfeld sozialistischer Ideologen sein.

Der Bundesvorstand der CDU begrüßt die klare Haltung der CDU-Landtagsfraktion in NRW. Er unterstützt die Proteste der betroffenen Eltern, Lehrer und Schüler in NRW (vergleiche auch Seiten 11/12 dieser Ausgabe).

Vorlagen für den 25. Bundesparteitag

Änderungen des Statuts der CDU: Erweiterung des Parteipräsidiums

Jetzige Fassung

§ 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) Aufgaben des Bundesparteitages:

(2) Er wählt als Mitglieder des Bundesvorstandes in getrennten Wahlgängen:

1. den Vorsitzenden,
 2. auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär,
 3. fünf Stellvertretende Vorsitzende,
 4. den Bundesschatzmeister,
 5. weitere zwanzig Mitglieder.
- (Unterabsätze 2 bis 4 unverändert)*

Neufassung

(2) Er wählt als Mitglieder des Bundesvorstandes in getrennten Wahlgängen:

1. den Vorsitzenden,
2. auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär,
3. sieben Stellvertretende Vorsitzende,
4. den Bundesschatzmeister,
5. weitere zwanzig Mitglieder.

Jetzige Fassung

§ 33 (Zusammensetzung des Bundesvorstandes)

(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Ehrenvorsitzenden, dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, fünf Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und den zwanzig weiteren gewählten Mitgliedern,

2. dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bun-

destages, soweit sie der CDU angehören.

Neufassung

(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Ehrenvorsitzenden, dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, sieben Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und den zwanzig weiteren gewählten Mitgliedern.

(Ziff. 2 bleibt unverändert.)

Gemeinsamer Wahlgang

Jetzige Fassung

§ 43 (Wahlen)

(2) Die Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 Abs. 2 Ziffer 3 dieses Statuts erfolgt in getrennten Wahlvorgängen.

Neufassung

(2) Die Wahl der sieben Stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 Abs. 2 Ziffer 3 dieses Statuts erfolgt in einem ge-

meinsamen Wahlgang durch ein auf dem Stimmzettel hinter den Namen eines Kandidaten gesetztes Kreuz. Der Stimmzettel muß die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden entspricht, sind ebenfalls ungültig.

600 Parteitags-Delegierte

In Ergänzung seines ursprünglichen Vorschlags zur Änderung des Delegiertenschlüssels für Bundesparteitage (vergl. UiD 3/77) hat der Bundesvorstand am 14. 2. 1977 beschlossen, dem Bundesparteitag folgende Neufassung des § 28 (Zusammensetzung des Bundesparteitages) zu empfehlen:

(1) Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus 600 Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt

werden, den Ehrenvorsitzenden und 30 Delegierten der Exil-CDU.

Von den 600 Delegierten der Landesverbände werden 120 im Verhältnis der bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die einzelnen Landeslisten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands abgegebenen Zweitstimmen, 480 im Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände entsandt.

Die Verteilung der Delegiertensitze auf die einzelnen Landesverbände erfolgt im Höchstzahlenverfahren d'Hondt.

■ NATO-STRATEGIE

Die steigende Offensivkraft des Ostens erfordert klare Antworten

Wir stehen mitten in einer weltweiten Debatte über die Strategie der NATO. Die Beratung des Berichts der deutschen Delegation über die 22. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung (Williamsburg/USA — 14.—19. 11. 1976) war der angemessene Anlaß für die CDU/CSU-Fraktion, den Bundesverteidigungsminister im Bundestag aufzufordern, zu seiner früheren klaren Haltung zurückzukehren und der Bundesregierung, seiner eigenen Partei, dem Parlament und der ganzen deutschen Bevölkerung ein ungeschminktes Bild von der wahren Verteidigungslage und den sich täglich steigenden sowjetischen Möglichkeiten zu geben.

Der Abgeordnete Carl Damm appellierte an Regierung und Koalition: Es müßte doch möglich sein, gemeinsam die notwendigen Schritte, in aller Nüchternheit, aber mit der leidenschaftlichen Entschlossenheit derer zu tun, die aus der Geschichte wissen, daß es im Umgang mit Diktatoren und Imperialisten nicht allzu viele Zeitpunkte gibt, in freiem Entschluß das Richtige zu tun. Was wir brauchen, um der ständig steigenden Offensivkraft des Warschauer Pakts auch 1980/1985 eine glaubhafte Abschreckung entgegensetzen zu können, ist im konventionellen Bereich:

① die Stationierung der NATO-Verbände dort, wo sie auch kämpfen sollen;

② ihre richtige und ausreichende Ausrüstung und Bewaffnung.

Wir brauchen keine neue NATO-Strategie. Flexibel, aber eben angemessen antworten zu können, ist auch morgen die richtige Strategie. Wir brauchen also nicht mehr Soldaten, sondern die, die Mitteleuropa verteidigen sollen, zur richtigen Zeit an ihrem richtigen Platz. „Flexible Response“ als bewegliche, raumverschwendende Verteidigung zu deuten, muß auf den entschiedenen deutschen Widerstand stoßen. Wir liegen am Eisernen Vorhang. Es sind unsere Bürger und dieses Land, die geschützt oder preisgegeben würden.

Was wir brauchen, sind zwei entscheidende Verbesserungen:

① Die deutschen und die verbündeten Kampfverbände dorthin, wo sie auch kämpfen sollen: ganz vorn an der Zonengrenze;

② die richtigen, wirkungsvollen Waffen (die es bereits gibt) in ausreichender Zahl zur rechten Zeit bei diesen Verbänden.

Da es die Bundesrepublik Deutschland ist, die von einem Angriff des Warschauer Pakts zuerst betroffen würde, stünde es der Bundesregierung gut an, daß sie die Initiative ergriffe, um die übrigen Verbündeten mitzureißen. Es gibt zwei Wege, die Mittel aufzubringen:

■ Die reale Steigerung der Verteidigungshaushalte. Der deutsche Vertreter

bei den letzten NATO-Konferenzen hat unterschrieben, daß sich die Bündnispartner das nun wirklich vornehmen wollen. Man darf wohl unterstellen, daß die Bundesregierung sich bei dieser Unterschrift etwas gedacht hat. Denn auch unser Verteidigungshaushalt bleibt schon seit Jahren hinter den realen Steigerungssätzen zurück.

■ Die NATO-Partner könnten aus dem Geld, das sie in die Verteidigung stecken, viel mehr machen, wenn sie sich auf einheitliche Waffen einigen würden. An dieser Stelle ist vor allem das europäisch-amerikanische Verhältnis angesprochen.

Die Bundesregierung hat es sich fast 100 Millionen DM kosten lassen, um den deutschen Panzer in den Wettbewerb mit dem neuen US-Panzer zu schicken. Der bessere Panzer sollte von den Amerikanern ausgewählt werden. Die Tests sind abgeschlossen. Der „Leopard“ hat gehalten, was wir von ihm erwartet haben. Es gibt keinen Grund, den amerikanischen Partner aus den mit uns schriftlich vereinbarten Verpflichtungen zu entlassen.

Im letzten Jahrzehnt haben die USA zehnmal soviel Waffen an ihre europäischen Verbündeten verkauft als umgekehrt. Das zerstört auf die Dauer jede vernünftige Verteidigungsfinanzierung. Wir wünschen uns vom deutschen Verteidigungsminister und der ganzen Regierung eine klare Haltung gerade auch dem Freunde gegenüber.

Die Ziele der Sowjetunion

Franz Handlos sagte in der Debatte u. a.: Im Interesse unserer Sicherheit ist es hoch an der Zeit, das kommunistische Vokabular endlich richtig zu interpretieren. Die Sowjets operieren mit der Formel „gleiche Sicherheit“ und verstehen darunter das „historisch ge-

wachsene Kräfteverhältnis“, das beibehalten und nicht verändert werden soll. Aber was heißt denn „historisch gewachsen“, wenn feststeht, daß die Sowjets noch nach Beginn der MBFR-Verhandlungen ihre Stationierungsstreitkräfte pro Division zahlenmäßig erhöht haben, die Zahl der Geschütze und der Rohre der Mehrfachraketenwerfer vermehrten, ihre Panzer auf den T-72 umrüsten und darangehen, die auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen mit Mehrfachsprenköpfen auszurüsten? Wie die Entwicklung weitergehen soll, sagt ein Satz in Radio DDR: „Natürlich wird es auch in der vor uns liegenden Periode darauf ankommen, das Kräfteverhältnis weiter zu unseren Gunsten zu verändern.“

Die NATO-Verteidigungsminister konstatierten am 10. Juni 1976 als „Trends“ des Warschauer Paktes:

- Offenkundiger Wunsch, die Überlegenheit auf dem Gebiet der strategischen Waffen zu erreichen;
- Entwicklung eines differenzierten Angriffspotentials;
- fortgesetzte Verbesserung der Fähigkeiten des Durchhaltevermögens der Kampftruppen;
- wachsende Fähigkeit zur Unterstützung politischer Ziele in entfernten Gebieten.

Dem ständigen sowjetischen Säbelraseln setzt die Bundesregierung lediglich die Phrase entgegen, daß es zur Entspannungspolitik keine Alternative gebe. Sie weiß keine Antwort darauf, wenn Moskau ihre Verteidigungspolitik und die der NATO als „Politik der Stärke“ verteuft, obwohl sich aus einer Position der Schwäche heraus überhaupt keine Politik betreiben läßt. Wenn es überhaupt eine Politik der Stärke gibt, dann wird sie von der Sowjetunion praktiziert.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Mahnung an die SPD/FDP: Hände weg vom Grundvertrags-Urteil

Seit vielen Monaten häufen sich die negativen Meldungen über das innerdeutsche Verhältnis. Alles, was in letzter Zeit diskutiert werden mußte, die Erschwerung journalistischer Arbeit, das Hinauswerfen von Journalisten, das Ausbürgern von Unbotmäßigen, Kontrollposten vor der Ständigen Vertretung, neue Attacken gegen das freie Berlin — das alles sind Dokumente dafür, daß die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in eine Sackgasse geraten ist.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deshalb das „Spiegel“-Interview mit Staatssekretär Gaus (vgl. UiD 5/77) zum Anlaß für eine Aktuelle Stunde im Bundestag genommen. Gaus hatte in diesem Interview selbst gesagt, daß die Schwierigkeiten mit der DDR gegenwärtig größer „als irgendwann in den letzten Jahren seien“. Aber der Schluß, den er daraus zieht, ist höchst gefährlich. Er empfiehlt neue Vorleistungen.

Die deutsche Staatsangehörigkeit, so wie sie eindeutig und unverrückbar in unserer Verfassung steht und wie sie das Bundesverfassungsgericht noch einmal, mit einer jeden bindenden Wirkung festgelegt hat, soll zum Kompromißobjekt degradiert werden.

Mit aller Deutlichkeit stellen die Sprecher der Union im Bundestag erneut fest: Sollte die Bundesregierung versuchen, auf diesem Feld an der Verfas-

sung zu manipulieren und herumzuoperieren, wird sie den entschiedensten Widerstand der CDU/CSU erfahren. Es würde sich dann in der Tat um einen Verfassungskonflikt handeln, weil hier — offenbar vorgeschnickt — ein Beamter einen Grundpfeiler des Grundgesetzes unterspülen will.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Grundvertrags-Urteil vom 31. Juli 1973 mit besonderer Eindringlichkeit klargestellt,

■ daß die Entscheidung, wer im Geltungsbereich und Schutzbereich des Grundgesetzes als deutscher Staatsangehöriger behandelt wird, Gegenstand unseres innerstaatlichen Rechtes ist,

■ daß umgekehrt die Möglichkeit der DDR, für den Geltungsbereich ihrer Gesetze andersartige Staatsangehörigkeitsregelungen aufzustellen und anzuwenden, durch unsere innerstaatliche Rechtsordnung unberührt bleibt und

■ daß unser innerstaatliches Recht kraft Verfassung zwingend darauf festgelegt ist, jedem Deutschen einschließlich jeden Bürgers der DDR, der in den Schutzbereich des Grundgesetzes gelangt, in gleicher Weise alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers, den vollen Schutz unserer Gerichte und alle Garantien der Grundrechte des Grundgesetzes einzuräumen.

Auch die Sicherheit Berlins verträgt kein Herumbasteln an der Staatsangehörigkeit.

■ AGRARPOLITIK

Auch Landwirtschaft leidet unter verfehlter Wirtschaftspolitik

Im Wirtschaftsjahr 1975/76 haben die deutschen Bauern eine gute Zunahme ihres Einkommens zu verzeichnen gehabt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt dieses ausdrücklich. Die deutsche Landwirtschaft benötigte diesen Einkommenszuwachs dringend, um die geringe oder gar rückläufige Einkommensentwicklung vorangegangener Jahre auszugleichen. Trotz der relativ günstigen Ergebnisse muß betont werden, daß im Wirtschaftsjahr 1975/76 real erst wieder der Einkommensstand von 1972/73 erreicht worden ist.

Dies stellen der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Dr. Burkhard Ritz, und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung und Landwirtschaft, Ignaz Kiechle, in einer ersten Stellungnahme zum Agrarbericht 1977 der Bundesregierung fest.

In Vorausveröffentlichungen hatte die Bundesregierung versucht darzulegen, daß die durchschnittlichen Einkommen je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft im Jahre 1975/76 auf 25 488 DM gestiegen seien. Hierdurch wird ein völlig falscher Eindruck erweckt. Dieses Ergebnis betrifft lediglich die landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe; sie machen nur 43 % aller Betriebe aus.

Außerdem ist zu beachten, daß von dem genannten Einkommen rund 40 % für Ausgaben der betrieblichen Nettoinvestitionen und Soziallasten abzusetzen sind, um zum konsumfähigen Einkommen zu gelangen. Auch muß erwähnt werden, daß selbst in dem relativ guten Jahr 1975/76 nur rund 5 % aller landwirtschaftlichen Betriebe ein Einkommen erzielt haben, das über dem gewerblichen Vergleichslohn lag.

Leider muß schon heute festgestellt werden, daß die Einkommen der Landwirte im laufenden Wirtschaftsjahr 1976/77 mindestens um 6 % gegenüber dem Vorjahr rückläufig sein werden. Hieran ist nicht nur die Dürre schuld, wie die Bundesregierung glaubt darlegen zu müssen. Vielmehr zeichnet sich in der deutschen Landwirtschaft eine tiefe Strukturkrise als Folge der nun schon seit Jahren anhaltenden schwierigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab.

Der wichtigste Grund für die Stagnation des agrarischen Strukturwandels ist darin zu sehen, daß es bei einer Million Arbeitslosen und geringer Investitionstätigkeit in der Wirtschaft an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für ausscheidungswillige Landwirte fehlt. Die früher vorhandene „Sogwirkung“ als wichtigster Faktor hoher Produktivitätszuwächse und damit auch realer Einkommenssteigerungen ist nicht mehr vorhanden.

Wenn einerseits von der Landwirtschaft ständig Anpassung und Strukturwandel verlangt wird, muß man ihr andererseits auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Diese Rahmenbedingungen sind für die Landwirtschaft als Ergebnis einer sozialistisch geprägten Wirtschafts- und Finanzpolitik immer schlechter geworden.

■ KOALITION

Judos in Frontstellung zur FDP

Die Kluft zwischen Judos und FDP wird tiefer. Auf dem Duisburger Bundeskongreß der Deutschen Jungdemokraten (DJD) erklärte ihr Vorsitzender Hans-peter Knirsch, mit der Entscheidung der FDP, in Niedersachsen und an der Saar eine Koalition mit der CDU einzugehen, seien „die Grenzen der Belastbarkeit erreicht worden“. Der Bundesregierung warf er vor, „so viel Porzellan zerschlagen“ zu haben, daß sie froh sein könne, sich jetzt nicht einer neuen Wahl stellen zu müssen.

Gleichwohl machte Knirsch Front gegen Bestrebungen unter den Jungdemokraten, sich von der Partei ganz zu distanzieren. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die Niedersachsen, die aus Verärgerung über die Koalition der FDP mit der CDU in Hannover ihre weitere Mitarbeit in der Partei aufgekündigt hatten und sich auch nicht am FDP-Landtagswahlkampf 1978 beteiligen wollen. Auf dem Bundeskongreß verlangten sie die Billigung ihrer Strategie, setzten sich in einer Kampfabstimmung gegen den Bundesvorsitzenden durch und erhielten für ihren scharfen Anti-FDP-Kurs eine Mehrheit.

Wir stark diese ist, geht daraus hervor, daß Knirsch bei seiner Wiederwahl mit 51 Stimmen knapp die nach der Satzung erforderliche Mehrheit erhielt. Von 97 Delegierten hatten 30 mit Nein gestimmt, 15 enthielten sich, eine Stimme war ungültig.

Bezeichnend war auch der Empfang, den sich der neue FDP-Bundesge-

schäftsührer Verheugen gefallen lassen mußte. Auf sein Gesprächsangebot reagierten die Jungdemokraten mit lautem Gemurmel und einem allgemeinen Ausmarsch zum Kaffeetrinken. Hier wurde deutlich, daß die FDP nicht mehr die Partei der Judos ist. Oder, wie es ein Delegierter formulierte: „Wir müssen uns außerhalb der FDP neu formieren.“ Wo das sein könnte, hat das Vorstandsmitglied Schorr umrisSEN, als er unter starkem Beifall die Jungsozialisten „natürliche Bündnispartner“ nannte, punktuelle Zusammenarbeit mit den Jungkommunisten der SDAJ rechtfertigte, Gemeinsamkeit beispielsweise mit der Schüler-Union jedoch strikt ablehnte.

Das Fähnlein nach dem Winde

Bernhard Kreinbohm, sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender im Landtag von Hannover, will die Kreisreform verhindern. Obwohl SPD und FDP die Kreisreform ursprünglich als große Entwicklung des Landes in Richtung Fortschritt verkündet hatten, machte der in die Opposition gedrängte Sozialdemokrat jetzt geltend, daß eine Kreisreform nichts bringe. Kreinbohms Aussage ist die Antwort auf die Koalitionsvereinbarung der Regierung Ernst Albrecht, die Kreisreform durchzuführen.

Mit Schütz geht es bergab

Der drohende Verlust der Glaubwürdigkeit einer von Skandalen und Verfilzungen geprägten sozial-liberalen Senatskoalition unter Führung von Klaus Schütz hat einen fortschreitenden Autoritätsverfall ausgelöst, dem der Regierende Bürgermeister spätestens seit der KPM-Affäre ausgesetzt ist. Schütz deckte bei der „Königlich Preußischen Porzellanmanufaktur“ (KPM) einen Mann in Personalangelegenheiten, der Posten in dem staatseigenen Betrieb nach Partei-

buch besetzt hatte. Senator Hermann Oxford (FDP) bezeichnete dies offen als „politische Kumpanei“. „Die Welt“ hierzu: „Schützens KPM ist Osswalds Hellaba... In beiden Fällen registrieren wir als typische Erscheinung, daß Ge- nossen-Loyalität einen glänzenden Sieg über die Urteilstskraft errang.“ Im Schöneberger Rathaus benutzt man für Filzokratie inzwischen den Ausdruck Oss- wald-Syndrom“. „Da denkt fast jeder nur an sich, kaum einer aber an die Verpflichtung für Berlin“, schreibt die FAZ und kritisiert die Führungsschwäche von Klaus Schütz. Ihm gelingt es immer weniger, die in Flügel und Gruppen zerfallende Partei zur Raison zu bringen.

Für Volksfront im Europaparlament

Im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament 1978 haben sich die Hamburger Jungsozialisten (Juso) für eine Zusammenarbeit mit französischen und italienischen Sozialisten und Kommunisten ausgesprochen. In einem Antrag zur Europawahl haben die Jusos in der Elbmetropole abgelehnt, das von der SPD auf „Sozialpartnerschaft und marktwirtschaftlicher Grundlage“ konzipierte „Modell Deutschland“ nach Westeuropa zu exportieren. Damit würde nach Meinung der Jusos die „Krisenpolitik der Umverteilung zugunsten des Großkapitals fortgesetzt werden“.

Offener Bruch zwischen SPD Kiel und Bonn

Zwischen dem Landesverband Schleswig-Holstein der SPD und der Bundespartei ist es zum offenen Bruch in der Kernenergiefrage gekommen. Der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Günther Jansen forderte zur

Teilnahme an der Protestdemonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf in Itzehoe auf und richtete massive Angriffe gegen die schleswig- holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung. Er erklärte: „Die SPD Schleswig-Holsteins registriert mit Empörung, daß Bundesforschungsminister Matthöfer die Genehmigung für weitere Kernkraftwerke angekündigt hat.“ Die Erklärung Jansens zwingt die schleswig- holsteinischen Bundestagsabgeordneten der SPD, nunmehr klar Farbe zu bekennen. Sie sind — mit Bundesminister a. D. Egon Bahr an der Spitze — bisher jeder Stellungnahme zum Energiepro- gramm der Bundesregierung und der Kernenergie ausgewichen, obwohl sie im Mai 1976 im Bundestag für den wei- teren Ausbau der Kernenergie gestimmt haben.

Gegen Steuergelder für DKP-Gruppen

Die hessische CDU hat den Magistrat der Stadt Offenbach davor gewarnt, sich in die Rolle eines „nützlichen Idioten für die Ziele der Kommunisten zu be- geben“. Es sei ein „handfester Skan- dal“, daß die „SPD-beherrschte Stadt- regierung“ zwei Nachwuchsorganisa- tionen der von Ostberlin ferngesteuerten DKP finanziell unterstützt.

Bürgermeister trat aus SPD aus

Nach 25jähriger SPD-Mitgliedschaft ist jetzt der Bürgermeister der Gemeinde Haar, Willy Träutlein, aus der Partei ausgetreten. Grund: Er könne die all- gemeinsche Entwicklung in der SPD nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. Bei der Kommunalwahl 1978 will er sich als unabhängiger Bürgermeister-Kandidat bewerben.

■ NORDRHEIN-WESTFALEN

„kooperative Schule“ – schleichende Systemveränderung

Mit einer Massenkundgebung von mehr als 15 000 Teilnehmern erreichte in der vergangenen Woche in Essen die Auseinandersetzung um die von SPD und FDP betriebene „kooperative Schule“ ihren Höhepunkt. Eine große über-regionale Tageszeitung sprach von einem „Volksaufstand“ gegen diese neue Schulform. Was ist das eigentlich, die „kooperative Schule“?

Die Fraktionen von SPD und FDP haben am 9. 11. 1976 im nordrhein-westfälischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes eingebracht, der die organisatorische Zusammenführung der Sekundarstufe I von Hauptschule, Realschule und Gymnasium regeln soll. Danach sollen Schulzentren für den Bereich der Sekundarstufe I (kooperative Schulen) geschaffen werden, in denen die Orientierungsstufe aller Schulformen, die Hauptschule und die Klassen 7 bis 10 der Realschule und des Gymnasiums zusammengefaßt werden. Die Oberstufe des Gymnasiums „kann der kooperativen Schule angegliedert werden“ (Art. I des Gesetzentwurfs). Damit macht der Entwurf zugleich deutlich, daß an kooperativen Schulen in der Regel eine gymnasiale Oberstufe nicht vorgesehen ist.

Gleichzeitig bestimmt der Gesetzentwurf, daß die gesetzliche Verpflichtung

der Gemeinden, neben Hauptschulen bei entsprechendem Bedarf auch Realschulen und Gymnasien zu errichten und fortzuführen, durch die Einführung der kooperativen Schule als erfüllt gilt. Damit wird Gemeinden, die bisher Träger eines Gymnasiums waren, geradezu gesetzlich nahegelegt, sich auf diesem Wege der gymnasialen Oberstufe und der mit ihrer Fortführung verbundenen finanziellen Lasten zu entledigen.

Vorstufe zur Einheitsschule

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in diesem Gesetzentwurf den Versuch zu einem entscheidenden organisatorischen Schritt auf dem Weg zur Gesamtschule. Sie sieht die „kooperative Schule“ als Teil einer Schulstrategie von SPD und FDP, die zusätzlich verdeutlicht wird durch

- die Einführung des Stufenlehrers durch das Lehrerausbildungsgesetz,
- die Schulversuche mit der „Kollegstufe“, in der gymnasiale Oberstufe und berufliche Bildung verschmolzen werden sollen,
- die Verzögerung der wissenschaftlichen Begleitung des Schulversuchs „integrierte Gesamtschule“;
- die Reform der Schulaufsicht in Hin-sicht auf die Stufenschule;
- die Einführung des 10. Pflichtschuljahres im allgemeinbildenden Schulwe-sen.

Daß die nordrhein-westfälische CDU mit ihrer Vermutung recht hat, geht auch aus einer Äußerung des nordrhein-westfälischen Kultusministers Gирgensohn in der ersten Lesung zum Gesetzentwurf „kooperative Schule“ am 25. November 1976 im Landtag hervor. Gирgensohn dort: „Ich glaube, daß die kooperative Schule ein Zwischenstadium zur integrierten Gesamtschule sein wird und von diesem Glauben lasse ich mich auch nicht abhalten.“

Verfassungswidrig?

Gegen das von SPD/FDP angestrebte Modell der „kooperativen Schule“ hat die nordrhein-westfälische CDU auch schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht:

— Das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schulform wird durch die „integrierte Orientierungsstufe“ teilweise aufgehoben und für die weitere Schulausbildung der Kinder eingeschränkt.

— Indem den Gemeinden die Entscheidung über die Errichtung der kooperativen Schule — mit oder ohne gymnasiale Oberstufe — übertragen wird, wird die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse innerhalb Nordrhein-Westfalens erheblich gestört.

— Die nordrhein-westfälische Verfassung schreibt ausdrücklich ein gegliedertes Schulwesen vor. Gegen diese Verfassungsvorschrift wird durch die Einführung der „kooperativen Schule“ verstoßen. Die Koalition ist gleichzeitig nicht bereit, den legalen Weg einer Verfassungsänderung anzustreben.

Oppositionsführer Heinrich Köppler hat daher mit Verfassungsklage für den Fall gedroht, daß die Düsseldorfer SPD/FDP-Koalition ihr Gesetzesvorhaben im Landtag durchpeitschen sollte.

Pädagogische Nachteile

Weil die „kooperative Schule“ nicht

mehr als ein taktisches Mittel auf dem Weg zur Gesamtschule ist, muß ihre Einführung im Interesse des Schülers auch aus pädagogischen Gründen abgelehnt werden:

— Der „kooperativen Schule“ liegt keine pädagogische Konzeption zugrunde. Sie ist ein Mischgebilde aus der Reorte der Bürokratie und der Parteifunktionäre, allein von schulpolitischer Taktik bestimmt.

— Opfer dieser neuen Schulform werden vor allem Gymnasiasten und Hauptschüler sein: Gymnasiasten, weil eine sachgerechte Vermittlung der Grundlagen für die gymnasiale Oberstufe und das Abitur durch die Zerschlagung des Gymnasiums nicht mehr erfolgen kann. Hauptschüler, weil sie durch negative Auslese erneut benachteiligt werden.

— Die „kooperative Schule“ zerschlägt bestehende leistungsfähige Schulsysteme, um ein völlig unerprobtes neues System einzuführen.

— Durch die Einschränkung von Wahlmöglichkeiten wird die Lernmotivation der Schüler demontiert.

— Die integrierte Orientierungsstufe trägt Konkurrenzkampf und damit Schulseß und Leistungsdruck bereits in die Jahrgänge der bisherigen 5. und 6. Klasse.

Den Widerstand mobilisieren

Noch keines der vielen verfehlten bildungspolitischen Vorhaben der Düsseldorfer SPD/FDP-Koalition hat die nordrhein-westfälischen Eltern, Lehrer und Schüler so mobilisiert wie der Gesetzentwurf für die kooperative Schule. Die nordrhein-westfälische CDU hat sich an die Spitze dieser Bewegung gesetzt und deutlich gemacht, wo die freiheitliche Alternative zu finden ist.

■ EXIL-CDU

Deutschlandpolitik – permanente Herausforderung

Auf dem 14. Parteitag der Exil-CDU vom 12. bis 13. Februar in Rotenburg a. d. Fulda, wurden Baptist Gradl, MdB, erneut zum 1. Vorsitzenden und Siegfried Dübel zum 2. Vorsitzenden gewählt. Ebenfalls nahm der Parteitag die Wahl des Hauptvorstandes der Exil-CDU sowie diejenige der Delegierten zum CDU-Bundesparteitag vor.

Die Referate auf der gleichzeitig veranstalteten Deutschland-Tagung der Exil-CDU behandelten ähnliche Themenkomplexe, wie sie der bevorstehende 25. Bundesparteitag in Düsseldorf erörtern wird.

In seinem Grundsatzvortrag „Deutschlandpolitik — permanente Herausforderung“ erklärte Gradl, daß unbeirrt vom langen Lauf der Zeit und gegen alle Hindernisse an dem Ziel der deutschen Einheit in freier Selbstbestimmung festgehalten werden müsse. Die Bundesrepublik sei bereits in der Präambel ihres Grundgesetzes gehalten, in ihrem Handeln stets auch jene Deutschen einzubeschließen, denen am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland teilzunehmen versagt war.

Das Selbstbestimmungsrecht, so fuhr der Redner fort, werde ganz besonders in Deutschland verletzt; es sei nicht allein die Mauer mit den Todesautomaten, sondern ebenfalls das Leben in der DDR unter ideologischem Druck und

der Verweigerung wesentlicher Menschenrechte. Eine vermeintliche Stabilität in Europa dürfe sich nicht noch einmal als so trügerisch erweisen wie der Pakt von Godesberg 1938. Entgehen könnte man dem Problem der Teilung Deutschlands nicht. „Recht und Anspruch auf diese Einheit sind unabdingbar.“

Der Reiseverkehr von West nach Ost sowie der gegenseitige Post- und Telefonverkehr seien zwar verbessert worden, doch seien entschiedenere und zusätzliche Anstrengungen erforderlich, insbesondere für mehr Bewegungsfreiheit von Osten nach Westen, also für mehr gute Nachbarschaft, auf die der Grundvertrag verpflichtet. Dazu gehöre ebenfalls die Erweiterung des Freiraumes für die Menschen zwischen Elbe und Oder, also ein Mehr an „Wahrung der Menschenrechte“, wie sie der Grundvertrag ebenfalls verspricht. Es dürfe dem Osten nicht gestattet werden, sich den Menschenrechten zu entziehen.

Die übertriebene Zurückhaltung Bonns sei nicht gerechtfertigt. Natürlich müsse immer zwischen der Wichtigkeit und Dringlichkeit der eigenen Ziele und der gegnerischen Situation und Interessenslage abgewogen werden, jedoch dürfe man sich nicht selbst lähmten. Vielmehr müsse man die DDR bedrängen — mit den friedlichen Mitteln der Politik, mit nüchternem Wirklichkeitssinn und politischem Augenmaß. Aber wir müßten

zäh bestehen auf Fortschritten, die den Menschen helfen! Wir hätten auch deshalb ein Recht darauf, zumal die Bundesrepublik ihre politischen Verpflichtungen aus den Verträgen voll erbracht hat. „Schließlich haben wir die Gewaltverzichtsgarantien nicht abgegeben, um die innerdeutsche Trennungslinie als todbringende Grenze und ewige Isolierung zu garantieren.“ Man helfe den Menschen in Mitteldeutschland nicht, wenn man die Gegenseite zu rücksichtsvoll angehe.

Berlin sei ein besonderes Kapitel der Deutschlandpolitik — und ein weltpolitischer Prüfstein für das Schicksal der Entspannung, aber auch für die Zukunft Deutschlands.

„Nur die Bundesrepublik Deutschland kann in Freiheit deutschlandpolitischen Willen gestalten und wirksam machen“, betonte Grädl zum Abschluß. „Wollten wir in der Bundesrepublik vor der Schwere, vor der Herausforderung der Aufgabe resignieren, — das Problem Deutschland als Ganzes würde uns dennoch von der Geschichte aufgezwungen. Im geschichtlichen Prozeß verliert der, der der Gegenseite die Initiative, die Wegweisung, das Tempo, die Eindringlichkeit überläßt. Deutschlandpolitik muß auf nahe wie auf weite Sicht nüchtern, aber politisch-offensiv sein.“

Keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten

Der Wirtschaftswissenschaftler, Professor Karl Thalheim, ging in seinem Referat auf die Wirtschaft Ost-Berlins zwischen Ideologie und Realpolitik ein und hob hervor, daß entgegen den einstigen Thesen Lenins über die kommunistische Arbeitsproduktivität diese sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft der DDR noch immer um

ein Viertel bis ein Drittel unter dem Stand der Bundesrepublik liege. Die Ideologiegebundenheit des SED-Systems und das starre Festhalten an dem absoluten Führungsanspruch der Partei auch in der Wirtschaftspolitik seien indessen so stark, daß in absehbarer Zukunft mit wesentlichen Veränderungen nicht gerechnet werden könne.

„Eine Entscheidung, sich zur Kirche zu rechnen“

In seinem Vortrag über die Lage der Kirchen in der DDR führte der Journalist Reinhard Henkys aus, daß die dortigen Protestanten heute noch zwischen acht und neun Millionen Mitglieder in ihren Landeskirchen schätzen. Zahlenwirksam sei indessen, daß die Kinder überwiegend gar nicht mehr Kirchenmitglieder würden; wahrscheinlich werde nur jeder Vierte noch getauft. In der DDR sei es heutzutage „eine Entscheidung, sich zur Kirche zu rechnen“.

Der 2. Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, hob in seinem Referat „Die deutsche Nation im Verständnis der jungen Generation“ hervor, daß Honekers Ziel, in Mitteldeutschland das Gefühl einer eigenen Nation zu entwickeln, bei den dortigen Jugendlichen auch in Zukunft keinen Erfolg haben werde. In der Bundesrepublik Deutschland sei das Engagement der jungen Menschen an der deutschen Frage zwar weiterhin gering, jedoch weitaus stärker als vergleichsweise noch vor zehn Jahren. Wie sie reagieren würden, wenn neue Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands sichtbar werden, werde weitgehend von den politischen Begleitumständen abhängen. Aufgabe der CDU sei es, die Freiräume, die die Jugend brauche und ausfülle, ihr auch tatsächlich zu geben.

■ INFORMATIONEN

Atomenergie: Im Osten ungefährlich

Amtliche Moskauer Quellen melden die baldige Vollendung des ersten Atomkraftwerkes in der Ukraine. Es beherbergt Reaktoren, die (lt. sowjetischen Angaben) zu den größten der Welt gehören. Jeder von ihnen könnte ganz Paris mit Strom versorgen. Die sowjetische Publizistik läßt es nicht an Hinweisen fehlen, wonach von den Kernkraftwerken keinerlei Gefahr ausgeht. Jahrelange Erfahrungen hätten überzeugend bewiesen, daß die Bevölkerung völlig ungefährdet ist. Strahlungsgefahren gebe es nicht. Die Kontrollen seien derart genau, daß Kernkraftwerke auch in unmittelbarer Nähe großer Städte sowie in landwirtschaftlichen Anbaugebieten errichtet werden können.

Solidarität mit Vertriebenen

Auf Einladung von Helmut Kohl wurde die Reihe der Gespräche zwischen den Präsidenten der CDU und des Bundes der Vertriebenen am 11. 2. 1977 fortgesetzt. In der neuen Legislaturperiode sollen die engen Kontakte zwischen der Union und den im BdV zusammengefaßten Landsmannschaften und Landesverbänden vertieft und die Solidarität mit den politischen, sozialen und organisatorischen Anliegen der Vertriebenen gefestigt werden. Die Union wird die ostpolitische Erfahrung der Vertriebenen in internationalen Gesprächen und im Rahmen der europäischen Eingangsbestrebungen nutzen und zur Abwehr unberechtigter Angriffe gegen die Vertriebenen sowie zur Beachtung ihrer Anliegen beitragen.

Gesetzesflut eindämmen

Eine „Eindämmung der Gesetzesflut“ strebt der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages nach den Worten seines Vorsitzenden Carl-Otto Lenz (CDU) an. Wie Lenz nach der ersten Sitzung des Ausschusses erklärte, herrscht bei allen Mitgliedern des Gre- miums von CDU/CSU, SPD und FDP „weitgehend“ Einigkeit über diese Absicht. Auch Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel habe ebenfalls Ansätze zur Beschränkung erkennen lassen.

Europäische Informationstagungen

Die Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1978 hat die Politische Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung dazu veranlaßt, Informationstagungen über Frankreich, Italien, Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Luxemburg und Irland anzubieten. Das Ziel der Europäischen Informationstagungen ist es, den interessierten und engagierten Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit den Problemen der europäischen Nachbarn vertraut zu machen.

Beschwerdestelle einrichten

Die Bundesregierung soll wegen der gestiegenen Zahl von Zurückweisungen westdeutscher Besucher durch die DDR-Behörden im „kleinen Grenzverkehr“ eine Beschwerdestelle einrichten. Dies forderte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Lummer. Die Beschwerdestelle solle dazu dienen, „den Informationsstand der Bundesregierung zu verbessern, um aufgrund möglichst umfassender Information geeignete Schritte gegenüber Ost-Berlin einzuleiten“.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Abwürge-Gesetz

Deutschlands freigemeinnützigen und konfessionellen Krankenhäusern droht der Konkurs. Zu diesem Schluß kommen der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Helmut Claß, in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt. Und in der Tat: Die 1239 freigemeinnützigen Hospitäler in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren 255 002 Betten sind existentiell bedroht. Bedroht vom Kostendämpfungsprogramm der Bundesregierung im Gesundheitswesen, das eine Entwicklung fortsetzt, die 1972 mit der Einführung des „Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes“ eingeleitet worden ist.

Dieses Gesetz hat zu einer Art Vernichtungsautomatik geführt. Denn das KFG schreibt vor, daß Kliniken mit weniger als hundert Betten nur öffentliche Investitionsmittel erhalten, wenn sie „ausdrücklich als zur Versorgung der Bevölkerung auf Dauer erforderlich“ angese-

hen werden. Die Entscheidung liegt bei den Ländern. Sie stellen Bedarfspläne auf und fördern ein Kleinkrankenhaus in der Regel nur, wenn weit und breit keine größere Konkurrenz vorhanden ist. Dies ist so gut wie nie der Fall. Die Folge: Mehr als ein Viertel (27,8 Prozent) der freigemeinnützigen und konfessionellen Krankenhäuser sind von vornherein zum Tode verurteilt.

Die Kostendämpfungsmaßnahmen der Bundesregierung für das Gesundheitswesen legen jetzt dieser Gruppe von Krankenhäusern endgültig den Strick um den Hals. Nach dem Gesetzentwurf sollen nämlich die Kliniken künftig fünf Prozent der Investitionskosten selbst tragen. Während die kommunalen Krankenhäuser diese Mittel über den Gemeindehaushalt aufbringen können (und damit durch den Steuerzahler), besteht für die freigemeinnützigen Häuser diese Chance nicht.

Der Ruf des Staates nach mehr Staat, das ideologische Ziel, die Krankenhäuser unter dem Vorwand der Kostendämpfung zu vergesellschaften, wird uns teuer zu stehen kommen. Die verstaatlichte Medizin, das beweisen England und Schweden, ist bestimmt nicht besser, aber in jedem Falle teurer.

Die Welt, 15. Februar 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD